

Die Strompreise für Monat Mai 1922 betragen: für Licht 8,50 Mk. und für Kraft 4 70 Mk. je Kilowattstunde  
Der Gaspreis für Mai beträgt wie bereits bekanntgegeben, 5,50 Mk. je cbm.  
Sohrenlein-Grusthal, am 31. Mai 1922. Der Stadtrat.

Die noch ausstehenden

## Gewerbelisten

And zur Vermeidung einer Ordnungsstrafe nunmehr binnen 3 Tagen abzugeben.

Sohrenlein-Grusthal, am 30. Mai 1922. Der Stadtrat.

## Landwirte Oberlungwitz! Achtung!

Die alljährliche Erhebung der Anbauflächen findet im Jahre 1922 wieder nach den Bestimmungen des Bundesrates über die Sammlung des Saatenstandes = Anbau = und Erntenaufnahmen vom 3. Mai 1911 (Zentralblatt für das Deutsche Reich Seite 181) und vom 18. Februar 1914 (Zentralblatt Seite 179) statt. Die Erhebungsbogen für 1922 sind heute den Herren Landwirten und Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe zugestellt worden und werden dieselben hierdurch aufgefordert, die Bogen ordnungsgemäß auszufüllen und unterschrieben bis spätestens **Sonntag, den 3. Juni 1922, mittags 12 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 3**, abzugeben. Die Abgabe muß entweder vom Besitzer selbst oder von einer Person, die in der Lage ist, Auskunft zu geben, erfolgen. Nichtbefolgung der Abgabepflicht zieht Bestrafung nach sich. — Die Ausgabe der **Böhlenbergbescheidens** für die Herren Landwirte erfolgt **Sonntag, den 3. Juni 1922 im Rathaus, Zimmer Nr. 1**.  
Oberlungwitz, den 31. Mai 1922. Der Gemeindevorstand.

nicht mehr möglich sei. Die Richtlinien für die Vorschläge der Regierung in Paris müssen grundsätzlich abgelehnt werden. Notwendig sei eine definitive Feststellung der Reparationsleistungen im Rahmen des Möglichen und unter Sicherungen gegen Sanctionen. Die Regierung hat aber nur auf eine Galgenfrist hingearbeitet. Dem Gesichtspunkt Lloyd Georges bezüglich des russischen Problems könne man durch Auszustimmen. Man müsse mit der Sowjetregierung einen modus vivendi finden. Die Rolle eines Vermittlers zwischen Frankreich und Rußland sei gefährlich. In dem gegebenen Augenblick den deutsch-russischen Vertrag abzuschließen, sei seiner Meinung nach richtig gewesen. Für die Ausführung des Vertrages verlange man Rechtsgarantien. In der Wiedergutmachungsfrage wärden die Deutschnationalen die schärfsten Gegner dieser Regierung sein und bleiben.

**Abg. Crispian** (Unabh.) macht der deutschen nationalen Politik zum Vorwurf, daß sie zum Zusammenbruch geführt habe und daß auch der Vertrag von Versailles auf ihr Konto zu setzen sei. Mit der Politik des Herrn Hermes hat man schlechte Erfahrungen gemacht. Eine neue Wirtschaftspolitik sei notwendig.

**Abg. Dr. Becker-Heßen** (Deutsche Ppt.) geht zunächst auf die einzelnen Ausführungen des Abg. Crispian ein und widerpricht der Meinung dieses Abgeordneten, die Regierung wandle tatsächlich auf steuerlichem Gebiete auf dem Wege der Deutschen Volkspartei, indem er hinzusetzt, daß wenn sie das doch täte. Wenn der Reichsanwalt einen so großen Erfolg darin sehe, daß man deutsche Vertreter in den Kommissionen mitarbeiten habe lassen, so zeige das nur, wie genigsam wir, ein großes, beinahe 60 Millionen zählendes Reich, geworden sind. Gegen den Kapitalverkehr müsse man ernste Bedenken äußern. Durch die Vorbereitungen, die Minister Hermes in Paris geführt hat, sei nicht nur dieser und die Regierung gebunden, sondern sogar das Parlament, dessen Ausschuss, ja das Ministerium nur sei. Der Inflation den Garau zu machen, sei heute nicht möglich. Das Gebiet der Zwangsanleihe hätte man nicht beschritten, wenn die Steuern nicht schon aufs äußerste angespannt gewesen wären. Die Politik der Angst vor dem 31. Mai und vor jedem Verfalltag wird auf die Dauer nichts nützen. Für die Aufstellung des Wiedergutmachungsproblems sei die Zeit nicht so günstig gewesen, wie heute. Auch die Schuldfrage müsse einmal gelöst werden. Trotz der Erfüllung des Londoner Ultimatus bestehen immer noch die Besorgungen von Duisburg und Düsseldorf. Man müsse die Herabsetzung der Besatzungskosten verlangen als einer völlig unproduktiven Ausgabe. Die geistigen und politischen Kräfte des deutschen Volkes geben die Gewähr, daß Deutschland wieder hochkommen wird. (Beifall rechts.)

**Abg. Dr. Dernburg** (Dem.) erklärt, in Vorkäufen der auswärtigen Politik solle es Parallelen überhaupt nicht geben. Wir wollen mit allen Nachbarn in Ruhe und Frieden arbeiten und leben. Bei unserem Sunbertaufendmannsheer kann von einer militärischen Politik mit Rußland keine Rede sein. Die Bedingungen einer Anleihe bestimmen die Finanzleute. Nur eine langfristige Anleihe kann uns retten. Durch die Erklärung der Reichsregierung sind wir nach gar keiner Richtung hin gebunden. Als einzig verantwortlich für die Führung unserer Politik betrachten wir allein den Reichstag. Die Regierung muß endlich dafür sorgen, daß die Schuldfrage aus der Welt geschafft wird. Damit schließt die allgemeine Aussprache. Einige kleine Vorlagen, darunter die deutsch-dänischen Verträge werden den Ausschüssen überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Kleine Vorlagen, Abstimmung über das deutsch-nationale Mißtrauensvotum.  
Schluß gegen 8 Uhr.

## Die deutsche Antwort über die Wiedergutmachung.

Die Antwortnote der deutschen Regierung auf die Beschwerden und Forderungen der Note der Wiedergutmachungskommission vom 9. Mai, die am Montag in Paris überreicht wurde, wird jetzt im Wortlaut veröffentlicht. Wir heben daraus folgende wichtige Stellen hervor:

Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich aufzurufen zu bemühen, jedes weitere Anwachsen der schwebenden Schulden zu verhindern. Sie ist jedoch davon überzeugt, daß unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen solche Anstrengungen nicht durchgeführt werden können, wenn Deutschland nicht eine ausreichende Unter-

stützung im Wege einer äußeren Anleihe erhält. Vorausgesetzt, daß diese Unterstützung binnen angemessener Frist verfügbar wird, unternimmt es die deutsche Regierung, sich mit der Angelegenheit auf folgender Grundlage zu befassen:

1. Der Stand der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 gilt von jetzt an als der normale Höchstbetrag.
2. Wenn am 30. Juni 1922 oder am letzten Tage eines der folgenden Monate der Betrag der schwebenden Schuld den normalen Höchstbetrag überschreitet, so werden Schritte getan werden, um sicherzustellen, daß die Ueberschreitung innerhalb der folgenden drei Monate zurückgezahlt wird, und zwar entweder

- a) mit Hilfe von Einnahmen, welche die Ausgaben in den drei Monaten übersteigen, soweit solche Einnahmen verfügbar sein sollten, oder
- b) durch die Aufnahme von Krediten auf andere Weise als bei der Reichsbank und in einer Form, die nicht die Inflation erhöht.

Wenn trotz dieser Schritte der Betrag der schwebenden Schuld am Ende der drei Monate nach den normalen Höchstbetrag überschreitet, wird die deutsche Regierung alsbald Vorschläge für den Ausbau des Steuersystems einbringen und alles tun, um ihre Annahme im Wege der deutschen Gesetzgebung zu erreichen mit dem Ziel, daß noch in dem jeweils laufenden Rechnungsjahr oder, wenn davon mehr als die Hälfte abgelaufen ist, binnen sechs Monaten ein Betrag beschafft wird, welcher nicht geringer ist, als die bereits vorhandene und jede bis zum Ende des Rechnungsjahres voraussichtlich noch weiter entstehende Ueberschreitung.

Das vorstehende Verfahren unterliegt bis auf weiteres folgenden Maßgaben:

- a) Solange noch keine Einnahmen aus auswärtigen Anleihen zur Verfügung stehen, um die von der deutschen Regierung in Erfüllung von Verpflichtungen auf Grund des Vertrages von Versailles seit dem 1. April 1922 in ausländischen Zahlungsmitteln geleisteten Zahlungen zu decken, wird für die Feststellung, ob und inwieweit eine Ueberschreitung des normalen Höchstbetrages vorliegt, ein Betrag in Höhe des Papiermark-Gegenwertes der vorläufig auf diese Weise nicht gedeckten Gesamtheit der genannten Zahlungen dem Stande der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 hinzugerechnet.
- b) Alle Einnahmen aus auswärtigen Anleihen sollen zur völligen Rückzahlung dieses zum normalen Höchstbetrag hinzugerechneten Betrages verwendet werden, und zwar mit Vorrang vor allen anderen Verwendungszwecken, vorbehaltlich der auf Grund des Vertrages von Versailles in ausländischen Zahlungsmitteln zu begleichenden Verbindlichkeiten und solchen anderen Lasten, hinsichtlich derer die Wiedergutmachungskommission auf Ersuchen der deutschen Regierung ihre Zustimmung besonders erteilt.

Die Note hat angeblich in Paris einen vorzüglichen Eindruck gemacht. So versichern wenigstens die im Wirtsh. Wir werden abwarten haben, ob die fähigen Hoffnungen, die unsere Regierungskreise auf die Note setzen, wirklich in Erfüllung gehen.

## Öffentliche Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, den 30. Mai 1922.

—e. Vom Räte sind die Herren Bürgermeister Dr. Pah, Stadträte Riebel und Sammel, vom Kollegium zunächst 18, gegen Ende der öffentlichen Sitzung 20 Mitglieder erschienen.

- Vorsitzer Georgi gibt Kenntnis
- a) von einem Dankschreiben des Herrn Oberlehrers Jähniß für die ihm als Leiter der Werk- und Wirtshaus bewilligte Gehaltszuschußung;
  - b) von dem Beschluß des Stadtverordneten-Vorstandes, Herrn Stadtv. Wolf nunmehr an die Ausübung seiner Pflicht zu mahnen, da die Parteistimmen gesprochen haben;
  - c) davon, daß das Urteil in einem gegen die Stadt geführten Prozeß rechtskräftig geworden ist.

## 2. Für die Beschaffung von Fenstervorhängen (Sonnengardinen) für das Bürgerheim

werden 1700 Mark debattelos bewilligt, ebenso werden an

## Mitteln infolge der Erhöhung der Gemeindefürsorge

insgesamt 309 691,25 Mark, nachverwilligt.

## 4. Der Bewilligung von Kosten für Schulwanderungen

der Fachschüler stimmt das Kollegium ebenfalls zu; die Tagelöhner sollen dabei nach den Staatsfähren bezahlt werden.

## 5. Reisestosten betr.

Zustimmend wird davon Kenntnis genommen, daß künftig nur das Fahrgehalt 3. Klasse gewährt wird, dieses aber auch bei Benutzung einer niedrigeren Klasse.

## 6. Nothfalls Ortsgefes für die Zivilin- und Quartierung.

Der Rat hat dem in der vorigen Sitzung gefassten Beschluß, die „Jamm“-Vorschrift in Absatz 6, Satz 2 in eine „H“-Vorschrift umzuwandeln, nicht zugestimmt, da sonst die Wohnungsinhaber zu leicht von der Pflicht zur Zivilin- und Quartierung befreit werden könnten.

Stadtv. Reinhard bemerkt dazu, sein Antrag sei nicht so gemeint gewesen, daß sich nun jemand durch kleine Um- oder Einbauten von der Zivilin- und Quartierung befreien könnte. Er sei jedoch mit der Beibehaltung der ursprünglichen Fassung einverstanden.

Das Kollegium beschließt einstimmig in diesem Sinne.

## 7. Die Sparsassenrechnung vom Jahre 1919

wird Herrn Stadtv. Rüssel zur Nachprüfung übergeben.

## 8. Der Nachverwilligung von Mitteln für den Ankauf einer Schreibmaschine,

sowie dem Kauf einer Pflanzschule für die Handelsschule wird nach kurzen Ausführungen der Stadtv. Freitag und Bornschlegl mit dem Bemerkten zugestimmt, der Rat solle in solchen Fällen selbstständig handeln und dem Kollegium nur die Endabrechnung vorlegen.

## 9. Der Defonomieauschuss

wird in „Wirtschaftsausschuss“ debattelos „umgetauft“.

## 10. Instandhaltung der städtischen Gebäude betr.

- a) für das Bürgerheim werden 8000 Mark für bauliche Reparaturen und 7200 Mark für Wirtschaftsgegenstände angefordert; dem Finanzauschuss-Beschluß, 2200 Mark davon zu streichen und nur zwei kleine Heizöfen zu kaufen, wird zugestimmt, und die übrigen Mittel einstimmig bewilligt;
- b) für das Mineralbad werden angefordert: an Unterhaltungskosten: 9000 Mark für das Wirtschaftsgebäude, 4600 Mark für das Kurhaus und 1800 Mark für das Gutsgebäude; es werden im ganzen 20 000 Mark bewilligt, um gegen unvorhergesehene Fälle gedeckt zu sein.
- c) das Krankenhaus erfordert für die bauliche Unterhaltung 15 880 Mark, für Beschaffung und Unterhaltung der Geräte 11 560 Mark, die unter Berücksichtigung verschiedener vom Finanzauschuss gemachter Abstriche bewilligt werden, nachdem Stadtrat Riebel gebeten hat, dem Rat anheimzugeben, das Weichen des Speisegewölbes doch mit ausführen zu lassen.

d) für das Alstädter Stadthaus werden die benötigten 31 100 Mark für bauliche Instandhaltung verwilligt, ebenso

- a) für das Zeißighaus 11 700 Mark,
- b) das Rathaus erfordert für die Unterhaltung 10 400 Mark, für Gerätebeschaffung und besondere Ausgaben je 1100 Mark, deren Verausgabung man zugestimmt,
- c) das Finanzamt braucht 12 000 Mark für bauliche Erneuerungen. Der Finanzauschuss hat diese Mittel bewilligt, zugleich aber den Rat gebeten, mit dem Reichsfinanzamt in Kaufverhandlungen einzutreten. Stadtv. P. Wagner und Bornschlegl bezeichnen sich als Gegner eines Verkaufs; letzterer betont, das Reich müsse eine den höheren Aufwendungen entsprechende höhere Miete zahlen.

Bürgermeister Dr. Pah weist darauf hin, die Annahme des Ausschuss-Beschlusses bedeute nicht, daß man unbedingt verkaufen werden sollte, sondern nur, daß Kaufverhandlungen eingeleitet werden müßten.

Nachdem sich noch Stadtv. Freitag, Bornschlegl und Reinhard sowie Bürgermeister Dr. Pah zur Sache geäußert haben, beschließt das Kollegium: es wird dem Rat anheimgegeben, in Kaufverhandlungen einzutreten.

h) für das Neustädter Stadthaus werden 14 000 Mark für die bauliche Unterhaltung und 8000 Mark für den Ausbau eines weiteren Abortes bewilligt, ferner

- i) für das Rathaus 2300 Mark,
- k) das Lampertshaus 700 Mark und
- l) für das Neustädter Schützenhaus 23 000 Mark Instandhaltungskosten und 7000 Mark für Wäsche und Geräte im Waisenhaus.

Eine Anfrage von Stadtv. Eichler über den Stand der Kartoffelangelegenheit, beantwortet von Vorsteher Georgi dahin, dies werde in der nächsten öffentlichen Sitzung behandelt, womit sich der Fragesteller einverstanden erklärt.

Stadtv. Bornschlegl berichtet, der zuständige Ausschuss habe aus den für Kriegshinterbliebene bewilligten 25 000 Mark in Anbetracht der großen Anzahl Gesuche an jeden nur 100 Mark zahlen können; er beantragt daher, weitere 25 000 Mark im Sinne des Vorschlages von Stadtv. Reinhard in der vorigen Sitzung zu bewilligen.

Stadtv. Reinhard betont, er habe den Antrag damals aus dem gleichen Grunde gestellt. Es sprechen hierzu noch Stadtv. Bornschlegl, Freitag, Rüssel, Rraft sowie Bürgermeister Dr. Pah, der fragt, woher die Mittel genommen werden sollen.

Stadtv. Rraft teilt mit, von der Wertzuwachssteuer seien 100 000 Mark für das Stadtbud und 25 000 Mark für die erste Auszahlung an die Hinterbliebenen genommen worden; ob noch weitere 25 000 Mark daraus verfügbar seien, wisse er nicht. Bürgermeister Dr. Pah schlägt vor, zu beschließen, die 25 000 Mark, wenn möglich, aus der Wertzuwachssteuer zu nehmen, wenn nicht, aus dem neuen Haushaltsplan.

Der Antrag Bornschlegl wird nunmehr mit diesem Zusatz einstimmig angenommen, und die öffentliche Sitzung 9.05 Uhr geschlossen; eine nichtöffentliche Beratung folgt.

## Sächsisches.

Dobentsein-Grusthal, 31. Mai 1922.  
Wettervorhersage für morgen:  
Zunehmende Bewölkung, warm, Gewitterneigung, südliche bis westliche Winde.  
Temperatur am 30. Mai:  
Maximum +10,8, 12 Uhr +19,9, Minimum +21,1

—e. Die gestrige Stadtvorordneten-sitzung war eine der kürzesten, vielleicht die kürzeste, an die wir uns erinnern können, erledigte sie doch in einer Stunde alle sieben Punkte der „ordentlichen“ und weitere drei Punkte der „außerordentlichen“ öffentlichen Sitzung, sodaß sich schon um 9 Uhr die Stadtväter zur geheimen Beratung zurückziehen konnten, in der besonders die leidige Kartoffelangelegenheit — die Rittergut Grumbach, die Betriebsräte der „Raifergrube“, in der Mitte als „Leitende“ unsere Einwohnerschaft — zur Aussprache stand. Den Verlauf der öffentlichen Sitzung, die keine aufregenden Momente brachte, wollen unsere Leser aus dem ausführlichen Bericht erfahren.

—e. In der heutigen Auflage veröffentlichten wir den neuen Sommerfahrplan zunächst in der verkürzten Fassung des „kleinen Fahrplans“. Wir empfehlen unseren Lesern, ihn auszuscheiden und aufzuheben, da er auf ein halbes Jahr Gültigkeit besitzt.

—e. Herr Martin Seifert, gebürtig aus Gersdorf, Sohn des Herrn Berginvaliden und Zeitungsboten Seifert in Hüttengrund, der seit sieben Jahren bei Herrn Gutbesitzer Jungbans, Hüttengrund, in Diensten steht, ist für die treuen Dienste vom Landwirtschaftlichen Kreisverein im Erzgebirge, Sitz Chemnitz, das A n e r k e n n u n g s d i p l o m zuerkannt und ausgezeichnet worden.

—e. Der Ausschuss für Jugendwanderern veranstaltet am 7., 8. und 9. Juni eine Fahrt nach Dresden — Stadt mit ihren Sehenswürdigkeiten, Dresdner Heide, Hellerau, Pillnitz (Dampferfahrt) — der sich auch männliche Schüler entsandene und Schüler höherer Lehranstalten anschließen können. Da in Dresden nur 20 Herbergsplätze bereitgehalten werden, können unmöglich mehr mitgenommen werden. Der Preis ist für 14-17-jährige 70 Mt., 18 und 19-jährige 75 Mt., da das Uebernachtungsgeld verschieden ist. Anmeldung an die Obleute in den Schulen — Altstadt Herr Viehöfer, Neustadt Herr Baumgärtel — und an Lehrer Meyer, Altmarkt 36.

—e. Die vor sieben Jahren für den Bezirk Glauchau gegründete Ein- und Verkaufsgesellschaft in Meerane ist nunmehr aufgelöst worden. Am 23. d. M. fand die letzte Gesellschafterversammlung statt. Nach dem Schlussbericht der Liquidatoren, Direktor Palmer-Meerane und Kaufmann Schramm-Glauchau, kann nach dem Dreifache des seinerzeit eingezahlten Stammkapitals verteilt werden, dank der sorgsam und umsichtigen Geschäftsführung. Mit diesem Ergebnis werden die beteiligten Städte und Gemeinden, die ja im Laufe der Jahre manchmal mit der Zentrale in unermessliche geschäftliche Differenzen gekommen sind, wohl zufrieden sein können. Im September 1915 auf Anregung des damaligen Amtshauptmanns Grafen Hohenhausen als eine der ersten Kommunalverbands-Gesellschaften zur Erledigung der kriegswirtschaftlichen Aufgaben gegründet, hat die Zentrale, das darf wohl heute abschließend gesagt werden, in den schweren Jahren der Krieges- und der Nachkriegszeit ihre Aufgabe erfüllt. Ursprünglich sollte sie, wie ihr Name sagte, Waren einkaufen und an die Gemeinden des Bezirkes wieder verkaufen; als die Zwangswirtschaft die Möglichkeit des freien Einkaufs immer mehr einschränkte, wurde sie dann mehr und mehr eine Verteilungsgesellschaft für die amtlich zugewiesenen Waren.

—e. Die Vereinigung ehemaliger sächsischer 28er veranstaltet am 22. und 23. Juli d. J. ihren ersten Reunionstag in Dresden im Städtischen Ausstellungspalast. Die ehemaligen Kameraden und Bühnen des früheren Sächs. Inf.-Regt. Nr. 23 und alle ehemaligen Angehörigen der 19. Sächs. Inf.-Div., die dem Regiment im Laufe des Feldzuges nahe gestanden haben, sowie alle Angehörigen der gefallenen Soldaten des Regiments werden aus hierdurch herzlichst aufgefordert, sich zahlreich am Reunionstag zu beteiligen. Anmeldung und Anfragen sind an die Geschäftsstelle der Vereinigung, Dresden-N., Brunner Str. 51 I, zu richten.

—e. Die Sommerausgabe des allgemein beliebten „Mig“-Fahrplans erschien soeben im Verlage der Firma M. & R. Böcher in Dresden und ist bei den Bahnhofsbuchhändlern und in allen einschlägigen Geschäften für den Preis von Mt. 12.— zu haben. Neben der bekannten Gültigkeit in der Bearbeitung der Eisenbahnfahrpläne besitzt der „Mig“ den besonderen Vorzug, daß er die Fahrpläne des staatlichen Kraftwagenverkehrs (Lindenloshaus, Dampfbusfahrplan, Postbus, elektrischer Kleinbahnverkehr, sowie ein Messe- und Märkteverzeichnis vervollständigen seinen Inhalt und gestalten den „Mig“ zum besten Ratgeber für jeden Reisenden.

—e. Oberlungwitz, 31. Mai. Das Preis- und Königs-Scheibenschützen der sächsischen Schützen-gesellschaft findet in diesem Jahre in der Zeit vom 8. bis 11. Juli im und am Gasthof „Zum Ramm“ statt.

—e. Gersdorf, 31. Mai. Nachdem Kirchen-vorstandsmittglieder aus Steinpleiß bei Werdau kürzlich der Predigt des Pastor Richter beige-wohnt hatten, ist er nach seiner Gastpredigt am Sonntag, den 28. d. M., zum Pfarrern von Steinpleiß gewählt worden. So sehr wir auch diese Gemeinde zu ihrer Wahl beglückwünschten, so schmerzhaft ist doch der Verlust für uns. Unsere Gemeinde verliert, wie uns geschrieben wird, einen gläubigen, geistvollen Prediger, sein Amtsbereich einen treuen Helfer, die Konfirmanden, die letzten Prüfung zeigte, einen überaus fleißigen, tüchtigen Lehrer, der Jünglingsverein seinen Leiter und Berater, der Rosaenenchor seinen mitwirkenden